

BürgerInnenbrief **Mitte**

29. Dezember 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH: Lohndrückerei +++ Freihafen weg? +++ Recht auf Stadt nehmen +++ Danke für Antworten +++ soul kitchen

Grüße zum Jahreswechsel: Für ein gutes 2010!



»Wie das kommende Jahr sich gestalten mag, das wissen nur die wenigsten, und die sagen es vernünftigerweise nicht. Wozu denn auch? Das Gute, das sie künden könnten, wird auch als Überraschung willkommen sein, und die Übel, die sie voraussagen, wüßten wir ja doch nicht abzuwenden.« Was der Wiener Essayist und Theaterkritiker Alfred Polgar am 1. Januar 1935 im Prager Tageblatt schrieb, wird kaum jemand bestreiten können. Auch nicht, dass nunmehr die Tage wieder länger werden. Polgar fügt deshalb zu Recht hinzu: »Aus der Tiefe der Dunkelheiten geht es aufwärts. Diese Änderung der Fahrtrichtung ist es offenbar, die den Menschen um Neu-

jahr herum zur guten Laune anreizt und ihn so geneigt macht, den Menschenbruder zu umarmen, beziehungsweise die Gurgel umzudrehen. Ob er sich für dies oder jenes entscheidet, ist Sache der Weltanschauung.« Meine Weltanschauung hat nur bedingt etwas mit Umarmen zu tun, und nicht wenige der wirtschaftlichen und politischen Eliten dieser Stadt haben sich redlich bemüht, dass manch eine und manch einer ihnen gern die andere Umgangsweise zugedeihen lassen würde.

Aber auch wenn das kommende Jahr nicht nur Erfreuliches erwarten lässt, **wünsche ich doch allen Leserinnen und Lesern des BürgerInnenbriefes ein gutes 2010!**

HSH-Krake als Lohndrücker?



Inneneinrichtung der Luxusapartments im Manhattan House New York

Auch im letzten BürgerInnenbrief des Jahres geht es nicht ohne schlechte Nachrichten von der HSH Nordbank. Sie hat sich schon vor Jahren von dem Rahmen einer gemeinwohlorientierten Landesbank entfernt, deren Ziel die Förderung der regionalen Ökonomie im Norden war. Wie andere Landesbanken auch sollte dieses Bankinstitut zur Kapitalmarktbank ausgebaut werden und im internationalen Finanzcasino mitspielen. Neben den Geschäftsfeldern der Schiffsfinanzierung, Immobilienwirtschaft und Logistik hat sich die mehrheitlich im öffentlichen Eigentum befindliche Bank auf den Ausbau des Kreditersatzgeschäftes konzentriert und wurde durch die internationale Finanzmarktkrise in die Nähe der Insolvenz gedrückt.

Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode ist die Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft und bin speziell ich mit diesem Sanierungsfall konfrontiert. Im und um den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss herum habe ich mich mit immer neuen Horrornachrichten um die »Krake HSH Nordbank« zu befassen. Diesmal geht es um den Zusammenhang von Casino-Geschäften und Lohndrückerei.

Der inzwischen entlassene Vizechef der HSH-Bank, Peter Rieck, verantwortlich für die Bereiche Shipping und real estate, holte erhebliche Risiken in die Nordbank. Darunter ein Mammutprojekt in New York namens Manhattan House. Für die Renovierung der Anfang der 1950er Jahre entstandenen Luxuswohnanlage auf der Upper East Side gab die HSH dem Bauherren O'Connor Capital Partners noch Ende 2007 einen Kredit von 760 Millionen Dollar.

Zunächst gingen die Bauherren einen Vertrag mit den lokalen Gewerkschaften ein. Von der United Brotherhood of Carpenters (Gewerkschaft der Zimmerleute) wurde mir mitgeteilt: »Das Manhattan House ist eine ziemlich berühmte Eigentumswohnanlage hier in New York City. Es liegt an der 66. Straße, 200 Ost in Manhattan und hatte zahlreiche berühmte Bewohner wie Jackie Robinson, den ersten afro-amerikanischen Baseball-Spieler, dessen Witwe nach wie vor in dort wohnt. Vor mehreren Jahren hat die Entwicklungsgesellschaft The O'Connor Capital Partners das Gebäude für 700 Millionen US-Dollar übernommen und damit begonnen, jedes Appartement in dem Gebäude zu renovieren. Das geschah vier Jahre lang mit gewerkschaftlich organisierten Bauarbeitern. Die Entwicklungsgesellschaft verkauft Wohnungen mit zwei Schlafzimmern für über 3 Millionen US-Dollar.«

Mittlerweile ist der Immobilienboom auch jenseits des Subprime-Bereiches zu Ende. Ein New Yorker Kaufmann, der anonym bleiben will, schreibt: »Aktuell sind nur 20% des Gebäudes verkauft, und die derzeitigen Eigentümer kämpfen gegen O'Connor. Inzwischen ist der Immobilienmarkt zusammengebrochen und die Preise sind um 30 bis 40% gefallen. Deshalb ist es schwer vorstellbar, dass die Bank bei diesem Kredit nicht eine Menge Geld verlieren wird.« Die HSH hofft, das Immobiliengeschäft in New York zieht wieder an. Doch bislang blieb sie auf Verlusten sitzen.

Was machen der Bauherr und die dahinter stehende Bank in dieser Situation? Sie versuchen, die Renovierung preiswerter zu erhalten. Ein Weg dazu ist der Wechsel zu gewerk-

schaftsfreien Bauunternehmen, die ihren Beschäftigten geringere Löhne zahlen und häufig genug auch die Sozialaufwendungen umgehen.

Andres Puerta ist Organizer der Gewerkschaft der Zimmerleute in New York City. Er schickte nun einen Hilferuf nach Deutschland:

»Kürzlich hat sich die Entwicklungsgesellschaft zu einem Kurswechsel entschlossen und setzte die Renovierungsarbeiten mit gewerkschaftlich nicht organisierten Firmen fort. Diskussionen mit O'Connor Capital Partners haben sich bislang als fruchtlos erwiesen und wir haben damit begonnen, jeden Tag vor dem Gebäude gegen die schlechten Arbeitsbedingungen zu demonstrieren.

Ich bin überzeugt, dass es der HSH Nordbank unangenehm wäre, wenn anständige Leute in Deutschland unglücklich wären, ein Projekt in New York City zu finanzieren, bei dem die Arbeiter keinen anständigen Lohn oder Unterstützung für die Krankenversicherung ihrer Kinder bekommen. Ich bin mir

ebenfalls sicher, dass die Eigentümer nicht in der Lage wären, auf die Schnelle eine andere Bank für die Finanzierung ihres Projekts zu finden, sodass das Management mit großen Problemen konfrontiert wäre.

Ich glaube, wenn die HSH Nordbank zu Hause (in Europa oder in Deutschland) Druck zu spüren bekommen würde oder ein paar Anrufe erhielte, würde sie die Entwicklungsgesellschaft unter Druck setzen, wieder mit gewerkschaftlich organisierten Firmen zu arbeiten. Ich weiß nicht, ob Sie sich mit der HSH Nordbank auskennen, aber sie hat eine Zweigstelle an der Park Avenue in NYC. Ich denke, dass es großen Eindruck machen würde, wenn wir an einem Tag hier in NYC gegen die Bank protestieren und eine Gruppe oder Gewerkschaften zur gleichen Zeit in Europa.«

Wer direkt bei der HSH Nordbank nachfragen möchte: 040-33 33-0. Kontakt zu Andres Puerta über: United Brotherhood of Carpenters, 395 Hudson Street, New York, New York 10014, E-Mail AFPuerta@aol.com.

Freihafen: erst Verkleinerung, dann Auflösung?



Noch liegt das Speicherstadt-Rathaus im Freihafen

Großmundig hatte der schwarz-grüne Senat erstmals im November 2008 verkündet, Hamburgs traditionsreichen, 1888 eröffneten Freihafen zum 1.1.2011 von 1.636 Hektar auf spärliche 60 Hektar zu verkleinern. Begründet wurde dies seitdem mit den zum Jahre 2013 auf EU-Ebene nötigen zollrechtlichen Anpassungen sowie der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafens. Warum die Umstellung schon zu An-

fang 2011 erfolgen sollte und andere Städte wie z.B. Wilhelms-haven sogar einen neuen Freihafen schaffen wollen, auf diese Fragen blieb der Senat eine Antwort schuldig.

Nicht nur die Öffentlichkeit war angesichts dieses Schnellschusses überrascht. Die weit überwiegend klein- und mittelständischen auf dem Freihafenareal angesiedelten Betriebe und Unternehmen – vereinigt in der »Initiative Pro Freiha-

fen« - protestierten wiederholt gegen den geplanten Coup. Viele befürchteten erhebliche zusätzliche Belastungen durch die übereilten Veränderungen, einige sahen mittelfristig sogar ihre wirtschaftliche Existenz und damit einige Hundert Arbeitsplätze bedroht.

Auch auf den von zusätzlichen Verkehrs- und Lärmbelastungen bedrohten Elbinseln Wilhelmsburg und der Veddel im Zuge der Auflösung der nachts geschlossenen Zolldurchlässe merkte man auf. Mit verschiedenen Anfragen und Anträgen, in den Debatten der Bürgerschaft und seiner Ausschüsse hat die Fraktion DIE LINKE versucht, die voreilige und durch nichts begründete Umstellung samt der erwarteten Folgen kritisch aufs Korn zu nehmen.

Seit Dezember 2009 zeichnet sich nun ein neues Konzept des Senats ab: Er strebt die komplette Auflösung der Freizone zum 1.1.2013 an. Ein solcher Schritt werde notwendig, weil die Verkleinerungsvariante vom Bundesfinanzminister de facto abgelehnt wurde. Die um zwei Jahre nach hinten verschobene Auflösung des Freihafens trägt der Kritik Rechnung, die noch nicht vorliegenden Zolldurchführungsbestimmungen abzuwarten und sich mit dem Übergang auf die veränderten Verhältnisse zwei Jahre mehr Zeit zu lassen.

Aus meiner Sicht muss diese neue Terminierung in den nächsten Wochen in der Bürgerschaft debattiert werden. Positiv ist sicherlich, dass der Senat den ohne Not eingeschränkten Übergangszeitraum nun voll ausschöpft. Nega-

tiv bleibt dagegen, dass es ab 2013 überhaupt keine Freizone mehr geben soll.

Dass mittlerweile auch die Initiative Pro Freihafen umgeschwenkt ist und sich mit der vollständigen Auflösung des Freihafens einverstanden erklärt hat, ist mit Blick auf einige Zugeständnisse des Senats (Verlängerung des Übergangszeitraumes, verbesserte Zollabfertigung für kleinere Betriebe, Hilfe und Schulungsprogramme bezüglich der Umstellungen) zumindest nachvollziehbar. Viele Alternativen sind den Mitgliedern dieser Initiative auch nicht geblieben. Einerseits war die Fläche bei der beabsichtigten Verkleinerung der Freizone so gering bemessen, dass nur noch 14 Firmen ihre Tätigkeit hätten zu den alten Konditionen fortsetzen können, andererseits kündigte der Bundesfinanzminister an, die Unternehmen der verkleinerten Freizone mit 2,2 Mio. Euro für die nötigen Umbauarbeiten zur Kasse zu bitten.

Aus meiner Sicht wäre nach wie vor die Beibehaltung einer größeren Freizone angemessen. Immerhin, es bleiben zwei Jahre mehr Zeit, sich auf diese tiefe Zäsur in der Hafenwirtschaft vorzubereiten. Was nun um so stärker in den Vordergrund rückt, ist die bereits wiederholt aufgeworfene Frage, was zum Schutz der Wohnbevölkerung auf der Veddel und in Wilhelmsburg in Sachen zusätzlicher nächtlicher Verkehrsbelastung unternommen wird. Ein dringend benötigtes Gesamtverkehrskonzept, das auch diese Seite berücksichtigt, muss dringend und mit Nachdruck gefordert werden.

Das Recht auf Stadt nehmen!



Rund 4.000 TeilnehmerInnen veranstalteten am 18. Dezember eine große Parade unter der Parole »Gegen ein Unternehmen Hamburg - Für eine grundsätzlich andere - soziale und gerechte - Stadt«. Aufgerufen hatte dazu das Netzwerk »Recht

auf Stadt« (RaS), das für diese Demonstration rund 120 Stadtteilinitiativen, Vereine, Einrichtungen und Wohnprojekte, aber auch die Gewerkschaften ver.di und GEW als Unterzeichner gewinnen konnte. Damit hat sich das Netzwerk innerhalb

Recht auf Stadt: Phantasie an die Macht!

weniger Monate zu einem der größten Hamburger Bündnisse in den letzten Jahren entwickelt, an dem viele teilhaben, die sich in den Stadtteilen gegen Aufwertung und Verdrängung, Mietsteigerungen und Umwandlungen, Grün- und Flächenvernichtung, gegen die Moorburg-Trasse, BNQ und neue Autobahnpläne ebenso einsetzen wie für Apfelbäume, neue Wohnformen und den öffentlichen Raum im weitesten Sinne.

Die Demonstration startete gegen 17 Uhr auf der Moorweide. Die eisige Temperatur machte es den TeilnehmerInnen nicht eben leicht, aber die Stimmung und auch das Erscheinungsbild der Parade ließen darüber immer mal wieder hinwegbibbern. Rund ein Dutzend mit hohem Aufwand ausgestaffierte Wagen prägten den langen Zug, der sich anfangs zwischen der Moorweide und dem Gänsemarkt erstreckte. Die Gängeviertel-Leute hatten gleich ein ganzes Haus gezimmert, aus dem es auch noch zünftig dampfte; die Frappantis aus Altona waren mit einer wunderschönen, farbigen (!) Nachbildung des ehemaligen Kaufhausgebäudes vertreten, um ihren Anspruch darauf zu unterstreichen – wider alle IKEA-Ansiedlungspläne; die St. GeorgerInnen hatten ein kleiner dimensioniertes Wohnhaus gebastelt, dessen Flackern im Innern auf den »warmen Abriss« und die auch vor Brandstiftungen nicht zurückschreckende Spekulant mafia verwiesen.

Überhaupt: Gebäude als Treffpunkte und Wohnmöglichkeit waren auf vielfältige Weise Thema des Demozuges: Menschen hatten sich Häuser aus Pappe um den Bauch gebunden, neue Häuser (lies: neue Sozialwohnungen) wurden über die Verstärker gefordert, die Demoroute führte an verschiedenen Gebäuden vorbei, die jüngst besetzt wurden (Gängeviertel am Valentinskamp) oder vielleicht noch einmal besetzt werden müssen (Frappant in der Großen Bergstraße).

Die Route der Parade war einer der großen Konfliktpunkte im Vorfeld: Die Polizei verweigerte insbesondere die Mönckebergstraße. So wurde letztlich ein Bogen um die City geschlagen, und trotzdem, ein bisschen mehr öffentlichen Raum als den von Polizei und Gerichten genehmigten haben sich die RaS-Gruppen dann doch noch genommen. Nach dem Passieren des Gängeviertels wurde spontan, aber gut vorbereitet und mit der Polizei vereinbart weiter nach Altona marschiert. Eine kleine Truppe aus dem Bambule-Umfeld machte von der Simon-von-Utrecht-Straße zwar mal eben rüber auf die Ree-

perbahn, lieferte sich ein kleines Scharmützel mit der massiv aufgefahrenen Polizei (quasi in jeder von der ausgehandelten Route abzweigenden Straße standen entweder behelmte Polizisten, in jeder zweiten offenbar der erstmals »präsentierte« neue Wasserwerfer...), kehrte dann aber wieder in den Zug zurück. Der umsichtigen, verantwortungsbewussten Demonstrationsleitung ist zu verdanken, dass der mehrstündige Umzug friedlich verlief und einen positiven Eindruck hinterließ. Für das mehrstündige Durchhalten gebührt allen TeilnehmerInnen im Übrigen – auch angesichts der pfeifenden Kälte, z.B. beim Heiligengeistfeld – ein Extra-Sternchen!

Auf der Abschlusskundgebung wurde der Erfolg, der bunte Charakter und die Größe der Parade gewürdigt. Christoph Twickel (einer der Macher des alternativen Hamburg-Magazins »Unter Geiern«) prangerte die Fehlentwicklungen in der Stadt an und rief dazu auf, sich das Recht auf Stadt nicht nur nicht nehmen zu lassen, sondern es durch immer neue Initiativen und phantasievolle Aktionen offensiv zu gestalten. Da hat die Parade »Gegen ein Unternehmen Hamburg!« sicherlich einen wichtigen Impuls gesetzt.

Sowohl der geschäftsführende Landesvorstand als auch die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN hatten zu der Demonstration aufgerufen. Allerdings waren deren »Unterschriften« auf dem Aufruf nicht erschienen, da es im Netzwerk die Entscheidung gegeben hatte, dass Parteien außen vor bleiben sollten, um jedwede »Instrumentalisierung« zu verhindern.

Anfang des neuen Jahres wird die vor der Parade entbrannte Selbstverständnisdiskussion weiterzuführen sein. Was meint das Recht auf Stadt alles? Was bedeutet der von Henri Lefebvre geprägte Begriff für den Kampf gegen Gentrifizierung in der Stadt? Wie verteidigen wir die verbliebenen öffentlichen Räume, ja, wie erkämpfen wir uns nach und nach mehr davon wieder zurück? Was für eine Stadt wollen wir eigentlich und was müssen wir tun, um eine grundsätzliche Änderung der schwarz-grünen Stadtentwicklungspolitik zu erzwingen?

Auch wenn wir die Befürchtungen einer Instrumentalisierung respektieren, wird sich DIE LINKE an der Suche nach Antworten auf diese Fragen beteiligen. Schön wäre es, wenn noch mehr Mitglieder der LINKEN diese Diskussionen und Aktivitäten in den Initiativen vor Ort mitbewegen würden.

»Wem gehören die Quartiere?«

Auch die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN mischt sich weiterhin in die Debatte um die Stadtentwicklung und die Entwicklung in den von Gentrifizierung, Aufwertung und Verdrängung heimgesuchten Vierteln ein. Antje Schellner, Michael Joho und ich haben in deren Auftrag in einer gerade erschienenen Broschüre eine Bestandsanalyse des zunehmend dramatischen Wohnungsmangels vorgenommen – eine sich seit Jahren anbahnende Misere, verursacht durch eine unzulängliche Senatspolitik in den vergangenen Jahren.

Und wir haben versucht, deutlich zu machen, was die Voraussetzungen und Inhalte von Sozialen Erhaltungsverordnungen (ggf. in Verbindung mit Umwandlungsverordnungen) sein können: Sie verhindern zwar nicht die Mietpreisexposition, sehr wohl aber die galoppierende Umwandlung von erschwinglichen Miet- in teilweise superteure Eigentumswohnungen. Dass dieses im Baugesetzbuch verankerte Instrument die Stadtteilentwicklung positiv beeinflussen kann, zeigt sich in den letzten Jahren vor allem in der Südlichen Neustadt,

dem einzigen Viertel, in dem es noch eine solche Verordnung gibt, mit der Folge, dass hier in den vergangenen zehn Jahren nicht eine Mietwohnung umgewandelt wurde.

In der Broschüre werden nicht nur die Erfahrungen der anderen beiden ehemaligen Erhaltungsgebiete Eimsbüttel-Nord/Hoheluft-West und Barmbek-Süd/Uhlenhorst ausgewertet, Berücksichtigung finden auch die Erfahrungen der bayerischen Landeshauptstadt München, in der heute durch 14 Soziale Erhaltungsverordnungen die Wohnrechte von ca. 169.000 MieterInnen gesichert werden.

Die Broschüre soll mit den Chancen, aber auch Grenzen des Instruments der Sozialen Erhaltungsverordnung und der Umwandlungsverordnung vertraut machen und so konkretes Material an die Hand geben, mit dem sich vor Ort eine solche Verordnung einfordern lässt. Nicht zuletzt wird auch über weitere Möglichkeiten der Beeinflussung des so genannten Wohnungsmarktes informiert. Die Broschüre ist bei der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft (Rathaus, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg) und in den Bezirksbüros der LINKEN kostenfrei zu erhalten. Sie kann auch über die Website der Fraktion (www.linksfraktion-hamburg.de) heruntergeladen werden.



Umfrageergebnisse: Danke für die Antworten!

Ich hatte versprochen, über die Ergebnisse der kleinen Umfrage in der letzten Ausgabe zu Qualität und Wünschen zum BürgerInnenbrief zu berichten. Ich bedanke mich bei denen, die sich die Zeit genommen haben, um die Fragen zu beantworten. Nicht wenige haben überwiegend freundliche Worte hinzugefügt, obwohl ich ja aus Kritik fast mehr lerne.

Wie bei Wahlumfragen auch, sind die Antworten aufschlussreich, wenngleich sicherlich nicht wirklich repräsentativ. Immerhin gut zwei Drittel der Menschen, die mir geantwortet haben, lesen den BürgerInnenbrief »von vorne bis hinten« und sind mit der mehr oder weniger zweiwöchentlichen Erscheinungsweise zufrieden (»gerade richtig«). Der Umfang wird von einem Drittel gelegentlich als zu groß empfunden, so dass ich mich bemühen will, ihn auf 8 bis 10 Seiten zu begrenzen. Bis auf eine Ausnahme werden die Beiträge als »verständlich« bewertet, nur kürzer sollten sie wohl werden, sagt ein weiteres Drittel. Drei Viertel der LeserInnen sind mit dem Anteil der Abbildungen zufrieden, einige würden gern noch mehr sehen. Etwas weniger eindeutig fällt die Bewertung aus, wovon »mehr« gewünscht wird: Es werden sowohl mehr »Fakten«, mehr »Positionsbestimmungen« als auch mehr »Originaldokumente« gewünscht. Hier werden wir nachdenken müssen. Die Hälfte würde gerne mehr »Gastbeiträge« lesen, zwei Menschen haben angeboten, solche zu schreiben. Nur zu, gern auch LeserInnenbriefe! Für drei Viertel ist die Berichterstattung über DIE LINKE »gerade richtig«, einige hätten gerne mehr davon, niemand will weniger. Zwei Drittel fol-

gen immerhin »manchmal« einem Kulturtipp, ein Leser allerdings hat sie als zu »hausbacken« kritisiert.

Bei den erbeteten zusätzlichen Bemerkungen fällt die Bewertung schwer: Einem ist beispielsweise zu viel HSH-Berichterstattung, eine andere schätzt gerade das positiv ein. Als ermutigend verstehe den mehrfachen Hinweis, gerade durch die Regelmäßigkeit der Berichterstattung sei der Fortgang bei bestimmten Zusammenhängen zu verstehen. Ich betrachte das als Aufforderung, bei den von mir zu bearbeitenden Punkten am Ball zu bleiben. Und ich fühle mich darin bestärkt, in nächster Zeit ein Stichwortverzeichnis zu erstellen, mit dessen Hilfe im Netz über die Website der Bürgerschaftsfraktion (www.linksfraktion-hamburg.de) auf alle bisher behandelten Themen und Texte zugegriffen werden kann.

Zur Erinnerung: Vom März 2008 bis zu diesem Exemplar sind insgesamt 36 Briefe verschickt worden. In allen habe ich versucht, die Politik der LINKEN, insbesondere aber meine Schwerpunkte der Bürgerschaftsarbeit (Finanz-, Stadtentwicklungs-, Wohnungs-, Verkehrs- und Sportpolitik) und mein Engagement im Bezirk Hamburg-Mitte (in dem ich als Wahlkreisabgeordneter gewählt worden bin) transparent zu machen. Sicherlich würde es in dem einen oder anderen Fall nützlich sein, den BürgerInnenbrief auch als Forum zu begreifen und Fragen kontrovers zu diskutieren. Es würde allerdings den Rahmen sprengen, die Politik der ganzen LINKEN spiegeln zu wollen, dafür werden wir andere Formen entwickeln müssen.

Kulturtipp: Heimatfilm der neuen Art?



Moritz Bleibtreu und Adam Bousdoukos in »soul kitchen«

Der 1973 als Sohn türkischer Einwanderer in Hamburg geborene und in Ottensen lebende Filmemacher Fatih Akin hat nach »Kurz und schmerzlos« (1998), »Im Juli« (2001), »Solino« (2002), »Gegen die Wand« (2004), »Crossing The Bridge – The Sound of Istanbul« (2005), »Auf der anderen Seite« (2007) und anderen Regiearbeiten nun einen weiteren Film in die Kinos gebracht, der ihn vor allem in der Hamburger Publikums-gunst eine weitere Stufe emporklettern lassen wird: »soul kitchen« – »ein Heimatfilm der neuen Art ..., ein Kiezfilm«, wie der »Tagesspiegel« schrieb.

Eine wunderbare Komödie um den Deutsch-Griechen Zino (Adam Bousdoukos), der einen abgetakelten Laden in Hamburg-Wilhelmsburg unterhält, in dem es aufgebackene Tiefkühlpizza und Fischstäbchen gibt. Der Abstieg ist vorprogrammiert: Seine gutbürgerliche Freundin Nadine (Pheline Roggan) tritt einen Job auf der anderen Seite des Erdballs an und feiert Abschied in einem Edelrestaurant an der Elbchaussee. Dort wird der Koch Shayn (Birol Ünel) gerade gefeuert, weil er sich weigert, einem Gast eine heiße Gazpacho zuzubereiten. Zino engagiert ihn, was prompt dazu führt, dass die auf Pommes rot-weiß abonnierten Gäste das Lokal fliehen.

Zinos Bruder Illias (Moritz Bleibtreu) dreht selbst während des Hafturlaubs krumme Dinger, der grummelige alte Hausdegen und Untermieter (Demir Gökçöl) zahlt dauerhaft keine Miete, und zu allem Überfluss zieht Zino sich beim Verschieben einer griechischen (!) Spülmaschine einen Bandscheiben-

vorfall zu. Aber keine Sorge, alles »wird gut« – dank Koch Shayn, Kellner und Band-Leader Lutz (Lucas Gregorovic) und nicht zuletzt der Kellnerin Lucia (Anna Bederke), die nicht nur einen Schnaps nach dem anderen verkräftet, sondern gnadenlos zu Zino, Illias und dem ganzen »Laden« steht. Dass am Schluss ein 200.000 Euro-Scheck der Ex-Freundin Nadine das Ganze rettet, irritiert ein wenig, ist aber vielleicht gewollt.

Die Geschichte des lebenswerten Losers, der der Welt trotz alledem nicht gram ist, läuft mal in einem atemberaubenden Tempo ab, mal plätschert sie munter vor sich hin. Neben allerlei komischen Szenen fragt man sich, in welches Desaster Zino als nächstes stolpern wird. Und man ist gespannt, welche weitere Hamburger Filmgröße in der nächsten Kleinstrolche erscheinen wird (herrlich: Jan Fedder, Udo Kier, Peter Lohmeier, Gustav Peter Wöhler, Catrin Striebeck und Monica Bleibtreu in ihrer allerletzten Rolle) – nicht zu vergessen die Filmmusik von Hans Albers über Uralt-Soul bis Jan Delay.

Akins Film zwischen aphrodisierenden kulinarischen Höhepunkten und Momenten deftiger Liebe ist auch eine Hommage an seine Heimatstadt: Wohl ein Dutzend Szenen lassen einen darüber grübeln, welche Ecke Hamburgs das nun gerade wieder ist. Und nicht zuletzt gibt es Hiebe gegen stark überzeichnete Immobilienhaie, einen Besuch im Gängeviertel und einen kurzen Ausflug ins Frappant. 100 Minuten Kinovergnügen, aus dem man zwar nicht unbedingt schlauer, dafür aber um so amüsiertes herauskommt. Ansehen!

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**